



Friedrich Reitzig (Autor)

Von einer landesherrlich regierten zu einer selbstverwalteten Kirche

Die Schritte auf dem Weg der Entstaatlichung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und ihr Selbstverständnis nach dem Ende des Summepiskopats.
Eine Analyse ihrer Rechtsetzung in den Jahren von 1918 bis 1924

Friedrich Reitzig

**Von einer landesherrlich regierten
zu einer selbstverwalteten Kirche**

**Die Schritte auf dem Weg der Entstaatlichung der
Evangelischen Landeskirche in Württemberg und ihr
Selbstverständnis nach dem Ende des Summepiskopats**

Eine Analyse ihrer Rechtsetzung
in den Jahren von 1918 bis 1924



Cuvillier Verlag Göttingen
Internationaler wissenschaftlicher Fachverlag

<https://cuvillier.de/de/shop/publications/7232>

Copyright:
Cuvillier Verlag, Inhaberin Annette Jentsch-Cuvillier, Nonnenstieg 8, 37075 Göttingen,
Germany
Telefon: +49 (0)551 54724-0, E-Mail: info@cuvillier.de, Website: <https://cuvillier.de>



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitende Überlegungen	7
a) Annäherung an das Forschungsvorhaben	11
b) Die Frage nach dem Selbstverständnis der Ev. Landeskirche in Württemberg	12
c) Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	15
d) Quellen	17
e) Zeitliche Eingrenzung des Untersuchungszeitraums, seine Wendepunkte und die Auswirkungen der zu beobachtenden Elitenkontinuität	19
f) Der räumliche Geltungsbereich der Kirchenverfassung	27
g) Methodische Erwägungen	30
h) Forschungsgeschichtlicher Überblick	32
i) Resümee der Vorüberlegungen	47
1. Das Ende des Summepiskopats und seine Konsequenzen für die Kirche – Die Zeit vom 9. November 1918 bis Ende Dezember 1918	49
1.1 Die politische Rahmensituation – Die Kirche in einer sich verändernden Welt	49
1.2 Der Übergang der evangelischen Landeskirche Württembergs in die neue Zeit	51
1.3 Die Leitsätze zur kirchlichen Neugestaltung	53
1.4 Die Situation der Kirche in der Zeit des Umbruchs	55
2. Der Beginn des kirchlichen Selbstfindungsprozesses – Von Ende Dezember 1918 bis zum 12. Februar 1919 (Veröffentlichung des Gesetzes betr. die Einberufung einer Landeskirchenversammlung)	58
2.1 Erste Schritte im staatlichen Bereich	58
2.2 Erste Schritte im kirchlichen Bereich	59
2.2.1 Der Gesetzentwurf des Synodus für ein Gesetz zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung	60
2.2.2 Änderungen des Entwurfs für ein Gesetz zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung durch die Kirchenregierung	65
2.2.3 Änderungsanträge des kirchenrechtlichen Ausschusses zum Gesetz zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung	67
2.3 Die erste Lesung des Gesetzes zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung	72
2.3.1 Aus der Generaldebatte	72
2.3.2 Aufgabe und Stellung der Landeskirchenversammlung, ihre Wahl und ihre Legislaturperiode (Art. 1)	73
2.3.3 Die Zusammensetzung der Landeskirchenversammlung (Art. 2)	73
2.3.4 Wahlberechtigung und Wählbarkeit für die Landeskirchenversammlung (Art. 3 und Art. 4,1)	76
2.3.5 Kriterien für die Wählbarkeit als geistlicher Abgeordneter und Gründe für den Ausschluss aus der Landeskirchenversammlung (Art. 4,2 und 3)	82
2.3.6 Aufstellung und Bedeutung der Wählerliste, Aufnahme in die Wählerliste (Art. 7)	86
2.3.7 Verfahren bei vakant werdenden Sitzen in der Landeskirchenversammlung (Art. 13)	87
2.4 Aus der zweiten Lesung des Gesetzes zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung	88
2.5 Das Gesetz zur Einberufung einer Landeskirchenversammlung, ein Schlüsselgesetz mit entscheidenden Weichenstellungen – Resümee	89
2.5.1 Exkurs 1: Das Frauenwahlrecht und die Frage nach dem Schriftverständnis	91
2.5.2 Exkurs 2: Das Frauenwahlrecht und die Verantwortung der Kirche gegenüber der Geschichte	95



2.5.3 Exkurs 3: Das Verhältnis von Kirche und Politik	97
2.5.4 Exkurs 4: Kirche von oben – Kirche von unten?	97
2.5.5 Exkurs 5: Die Eisenacher Kirchenkonferenz und der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss	99
3. Die Entstehungsgeschichte des Kirchenverfassungsgesetzes und das dazugehörige staatliche wie kirchliche Umfeld – Von Februar 1919 bis Oktober 1919	103
3.1 Das politische Umfeld der Verfassungsarbeit im Land und im Reich	103
3.2 Die Beratungen der Weimarer Nationalversammlung	104
3.2.1 Die Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (erste Lesung)	106
3.2.2 Die Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (Ausschussberatungen)	107
3.2.3 Die Beratungen der Weimarer Nationalversammlung (2./3. Lesung)	117
3.2.4 Ergebnis und Definition der Kirche aus gesamtstaatlicher Sicht	121
3.2.5 Die Verfassung des freien Volksstaats Württemberg	125
3.3 Referat „Zur Frage der Neuordnung der Kirchengewalt und ihrer obersten Organe“ von Oberkonsistorialrat Hermann Müller	126
3.3.1 Zum Kirchenregiment	130
3.3.2 Zur Oberkirchenbehörde	133
3.3.3 Landessynode	134
3.3.4 Fazit	135
3.4 Stellungnahmen zum Referat von Oberkonsistorialrat Hermann Müller	139
3.4.1 Stellungnahme von Prälat Johannes von Merz	139
3.4.2 Stellungnahme von Konsistorialrat Gerhard Schauffler	140
3.4.3 Auswertung der drei Voten	143
3.5 Schritte hin zum Verfassungsentwurf	148
3.5.1 Leitsätze für die künftige Gestaltung der obersten Organe der Kirchengewalt	148
3.5.1.1 Stellungnahme von Konsistorialrat Schauffler vom 29. Mrz. 1919	148
3.5.1.2 Stellungnahme von Konsistorialrat Schauffler zu III 6. der Leitsätze	150
3.5.2 Schreiben von Konsistorialpräsident von Zeller vom 23. April 1919	151
3.6 Der (Vor)Entwurf des Kirchenverfassungsgesetzes, seine Diskussion und Veränderung	153
3.6.1 Anmerkungen von Direktor Karl Heinrich von Römer	153
3.6.2 Äußerungen zum Vorentwurf der Kirchenverfassung von Konsistorialrat Schauffler	155
3.6.3 Termin der konstituierenden Sitzung der Landeskirchenversammlung	160
3.7 Der Entwurf im Synodus und seine dortige Diskussion	160
3.7.1 Bemerkungen zum Verfassungsentwurf von Konsistorialpräsident von Zeller	162
3.7.2 Nachträgliche Stimmen zur Diskussion im Synodus	165
3.7.3 Erläuterungen des Verfassungsentwurfs	166
3.7.4 Der verabschiedete Entwurf und die Zeit bis zur Beratung in der Landeskirchenversammlung	172
3.7.5 Die Endredaktion des Entwurfs durch Kirchenregierung und Synodus	172
3.7.6 Die Endredaktion der Erläuterungen durch Kirchenregierung und Synodus	175
3.7.7 Nachträgliche Ergänzung des Entwurfs durch die Kirchenregierung	177
3.7.8 Die Reaktion des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens	178
3.7.9 Rückmeldung des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins	179
3.8 Württemberg und die evangelischen Kirchen in Deutschland	180
3.8.1 Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss (DEKA) von Mai bis September 1919	180



3.8.2 Erster Deutscher Evangelischer Kirchentag (DEKT) in Dresden	181
3.8.3 Der Deutsche Evangelische Kirchenbund (DEKB)	182
3.9 Weitere Gesetzesvorhaben und Arbeitsfelder der Landeskirche	184
3.9.1 Entwurf für das Pfarrstellenbesetzungsgesetz (PfStBG)	184
3.9.2 Die Schulfrage	189
3.9.3 Entwurf einer Kirchengemeindeordnung (KGO)	190
3.9.4 Konsistorialerlass zur Kirchengemeinderatswahl	193
3.10 Rückblick und Zusammenfassung	193
4. Die Schaffung einer neuen Basis –	196
Grundlegende Gesetze zwischen Oktober 1919 und Juni 1920	
4.1 Das Kirchenverfassungsgesetz	196
4.1.1 Die Eröffnungsansprache von Konsistorialpräsident von Zeller für die Landeskirchenversammlung	196
4.1.2 Die Formalien zu Beginn der Landeskirchenversammlung	197
4.1.3 Die Einbringungsrede von Konsistorialpräsident von Zeller	198
4.1.4 Die Generalaussprache über das Gesetz	199
4.1.5 Fazit der Generaldebatte	210
4.1.6 Die Beratungen in der kirchenrechtlichen Kommission	211
4.1.7 Der Unterausschuss und die Frage des Bekenntnisses in der Verfassung	219
4.1.8 Die erste Lesung des Kirchenverfassungsgesetzes (KVG)	223
4.1.9 Die zweite Lesung des Kirchenverfassungsgesetzes (KVG)	243
4.1.10 Das Selbstverständnis der Ev. Landeskirche in Württemberg im Spiegel des Kirchenverfassungsgesetzes – Auswertung	249
4.2 Das Pfarrstellenbesetzungsgesetz (PfStBG)	255
4.2.1 Der überarbeitete Entwurf und seine Begründung	255
4.2.2 Das Votum des kirchenrechtlichen Ausschusses zum Pfarrstellenbesetzungsgesetz	257
4.2.3 Die erste und zweite Lesung des Pfarrstellenbesetzungsgesetzes in der Landeskirchenversammlung	259
4.2.4 Ergebnis	268
4.3 Die staatliche Reaktion auf das Kirchenverfassungsgesetz und das Pfarrstellenbesetzungsgesetz	269
5. Die Zeit des Wartens auf das Gesetz über die Kirchen –	271
Vom Juli 1920 bis zum April 1924	
5.1 Verhältnis von Staat und Kirche	271
5.2 Das Problem der Entstaatlichung – Das Ringen um ein Gesetz über die Kirchen	273
5.3 Das staatliche Gesetz über die Kirchen – die Sicht des Landtags	276
5.3.1 Die erste Lesung des Gesetzes über die Kirchen	276
5.3.2 Das staatliche Gesetz über die Kirchen aus Sicht des kirchenrechtlichen Ausschusses der Landeskirchenversammlung	279
5.3.3 Das staatliche Gesetz über die Kirchen aus Sicht der Landeskirchenversammlung	282
5.3.4 Besoldungsfragen betreffend die aktiven Geistlichen sowie die Ruheständler und Hinterbliebenen	290
5.3.5 Staatsleistungen und Besteuerungsrecht vor dem Hintergrund der Besoldungsfragen	292
5.3.6 Die Personalabbauverordnung und das Ringen um die kirchlichen Finanzen (Verabschiedung des sogenannten kirchlichen Ermächtigungsgesetzes)	297
5.3.7 Die zweite Lesung des Gesetzes über die Kirchen im Landtag	303
5.3.8 Die dritte Lesung des Gesetzes über die Kirchen im Landtag	316



5.4 Die kirchliche Wahlordnung (KWO)	320
5.4.1 Beratung der Wahlordnung (KWO) im kirchenrechtlichen Ausschuss	321
5.4.2 Generaldebatte zur Wahlordnung (KWO) in der Landeskirchenversammlung	322
5.4.3 Die erste Lesung der kirchlichen Wahlordnung (KWO)	324
5.4.4 Die zweite Lesung der Kirchlichen Wahlordnung (KWO)	327
5.4.5 Die Sanktionierung der kirchlichen Wahlordnung (KWO)	329
5.5 Vollzugsverordnung zum Kirchenverfassungsgesetz (VVOzKVG)	330
5.6 Die Geschäftsordnung des Oberkirchenrats (GO)	339
5.7 Das Disziplinargericht	341
5.8 Der Deutsche Ev. Kirchenbund (DEKB) – diverse Aktivitäten im Vorfeld der Gründung	341
6. Das kirchliche Leben unter den neuen Rahmenbedingungen – Der Abschluss der gesetzgeberischen Arbeit der Landeskirchenversammlung (1924)	348
6.1 Die Kirchengemeindeordnung (KGO)	348
6.2 Die Kirchenbezirksordnung (KBO)	364
7. Auswertung – Zusammenfassung	374
7.1 Die Themenstellung und Ausgangssituation	374
7.1.1 Der rechtliche Rahmen bzw. die Basis für die kirchliche Verfassungsarbeit	375
7.1.2 Das kirchliche Selbstverständnis am Ende des Summepiskopats	378
7.2 Wichtige Bausteine für das kirchliche Verfassungswerk	381
7.3 Das Kirchenverfassungsgesetz, seine Begleitgesetze und ihre Sicht von Kirche	382
7.4 Ausblick – Rückfragen – neue Handlungsansätze	390
7.4.1 Unbeantwortete Fragen – offene Problemkreise	390
7.4.2 Alte Fragen neu gestellt	391
7.4.2.1 Die Frage der Kirchenspitze	391
7.4.2.2 Die Synode und ihr Selbstverständnis	392
7.4.2.3 Die Rolle der Frau	393
7.4.2.4 Die Frage des Bekenntnisses	393
7.4.2.5 Die Frage nach dem Schriftverständnis – sola scriptura?	395
7.4.2.6 Das Gemeindeverständnis – verstärktes Laienengagement	396
7.4.2.7 Die Kirche und ihre Finanzen	397
7.4.3 Die württembergische Kirche im ökumenischen Horizont (EKD, LWB, KEK, ÖRK, ACK)	397
7.4.4 Restauration oder Neuanfang?	398
7.5 Das Selbstverständnis der Ev. Landeskirche in Württemberg – nach 1918 geformt und erhalten geblieben bis in die Gegenwart	399
7.6 Einige Perspektiven auf Handlungsansätze und Entwicklungsmöglichkeiten bzw. -notwendigkeiten in der Zukunft	402
Abkürzungen	405
Literaturverzeichnis	408
Chronologische Übersicht	435
Namensregister	437
Sachregister	441